

Blätter von informierter Seite, daß die Konferenz ausschließ- lich wirtschaftlichen Charakter und keinerlei Fragen politischer oder militärischer Natur zur Erörterung bringen sollte. Der Vorschlag Oesterreich-Ungarns geht dahin, daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht auf dem Grundsatze eines vollkommen freien Verkehrs basieren sollen, sondern daß alle wesentlichen schutzbedürftigen Produkte unter Schutzzöllen gestellt werden. Diese wichtigen Erzeugnisse, welche durch den freien Verkehr zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland benachteiligt wären, würden einem bestimmten Zollsatze unterworfen werden, wodurch für andere Produkte Zollfreiheit zur Einführung käme. Es handelt sich daher um gemischtes System einer Kombination von Zoll und Zollfreiheit. Bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird der freie Verkehr vorgeschlagen; weiter wird festgestellt, daß das zu schaffende Zollbündnis keinen aggressiven Charakter gegenüber derzeit feindlichen Staaten habe und vielmehr darauf gestaltet sein soll, daß die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen jederzeit möglich wird. Ueberhaupt soll die handelspolitische Bewegungsfreiheit für den Fall eines Handelsabkommens mit irgend einem anderen Staat gewährt werden. Die freundschaftliche Verständigung zwischen der Monarchie und Deutschland bleibt jedoch bei Wahrung der strengsten Handlungsfreiheit vorbehalten. Als Geltungsdauer für das Abkommen wird eine Frist von 20 Jahren geplant. Nach den ersten 5 Jahren soll eine Revision des Vertrages eintreten und vermutlich wird eine solche Revision auch weiterhin von 5 zu 5 Jahren vorgenommen.

Die Brotnot in Oesterreich.

Die Schuldfrage.

Woher unsere Lebensmittelknappheit kommt, das wissen wir: wir haben im Frieden Nahrungsstoffe für Mensch und Vieh eingeführt jährlich um 3 Milliarden Mark. Das ist die Haupt- und Grundursache unseres Mangels auch heute noch. Bei allem Schimpfen über Regierungsmaßnahmen sollte man das niemals vergessen. Bei Oesterreich-Ungarn liegt die Sache anders. Die Gesamtmonarchie hat 1918 an Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten 8,98 Millionen Meterzentner eingeführt, 4,67 Millionen Meterzentner ausgeführt. Die Mehreinfuhr von 4,41 Millionen Meterzentnern war also ganz verschwindend klein. Durch eine, wenn auch noch so unvollkommene Rationierung mußte sie mehr als aufgewogen sein, und unsere Bundesgenossen müßten gerade soviel zu essen haben wie im Frieden.

In Ungarn ist dies auch der Fall, aber in Oesterreich nicht. Warum? Weil Oesterreich 1918 aus Ungarn 21,2 Millionen Doppelzentner Lebensmittel bezogen und nur 0,40 Millionen abgegeben hat. Im Krieg aber hat Ungarn zwar, dem Vernehmen nach, die Versorgung des gemeinsamen Heeres übernommen, die Lebensmittel-ausfuhr nach Oesterreich aber eingestellt — ungefähr ebenso, wie Bayern die nach Preußen. Natürlich spielen bei der jetzigen Not in Zisleithanien noch andere Ursachen mit: das Ausbleiben der Zufuhr aus den tschechischen Bezirken, die Diktatur der Regierung in dieser und manch' anderer Hinsicht, die Verspätung und Unvollständigkeit der Rationierung (heute noch keine Fleischkarten!), das Verfehlenselend, demgegenüber wir glänzend daran sind. Aber die Hauptursache bleibt das Versagen des natürlichen Lieferanten, Ungarns. Oesterreich und Ungarn bilden eben nicht einen Staat, sondern zwei, die nur gewisse Gemeinsamkeiten haben. Im Deutschen Reich begreift man das noch immer nicht. Es ist aber bei den bevorstehenden Bündnisverhandlungen von entscheidender Bedeutung, daß man davon ausgeht: Wir haben es mit zwei Staaten unter habsburgischem Szepter zu tun, von denen der Blicke der Kräftigere ist. Die Wiener Brotnot ist ein Schulbeispiel dafür.

Die politischen Ziele des neuen Sultans.

In dem Schreiben, in dem der Sultan das Kabinett-Talaat bestätigt, betont er seine Absicht, treu an der Verfassung festzuhalten, sowie die Notwendigkeit, zur glücklichen Beendigung aller Kräfte zusammenzufassen und die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Die Feuerung müsse energisch bekämpft werden. Politische Verbrecher, die Reue zeigten, und leichte Verbrecher, die drei Viertel ihrer Strafe verbüßt hätten, sollten begnadigt werden. Der Belagerungsstand soll nur in den Militärgürteln bestehen bleiben. Die Strafprozesse sollen an die gewöhnlichen Gerichte verwiesen werden. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage soll durch Steigerung der Produktion herbeigeführt werden. Ueber die äußere Politik befragt das Schreiben, daß es dem wohlverstandenen Interesse des Landes entsprechen, in voller Uebereinstimmung zu den Mittelmächten und Bulgarien zu bleiben. Es sei daher das Ziel des Sultans, die Bündnisbände zwischen der Türkei und diesen Staaten noch mehr zu festigen. Zum Schlusse wird die Hoffnung auf eine baldige siegreiche Beendigung des Krieges ausgesprochen und werden Heer und Flotte zu weiterem tapferem Kampfe aufgefodert.

Take Jonescus Dank.

Die Wählerarbeit des rumänischen Kriegshelden.

Zur Anwesenheit Take Jonescus in der Schweiz schreibt das Berner Tageblatt: Die unbegreifliche Gutmütigkeit der deutschen Regierung, die den Urheber des rumänischen Krieges nach der Schweiz reifen ließ, bezahlt sich, wie vorausgesehen war, schlecht. Take Jonescu legt kaum daß er den Boden der Schweiz betreten hat, seine faulen Eier in der Neuen Zürcher Zeitung in der Form einer Unterredung ab. In diesem Gespräch häuft er alle Anklagen gegen die deutsche Verwaltung, es weise unterlassend, daran zu erinnern, daß er und seine Partei es waren, die den unseligen Krieg und damit das ganze Elend des Volkes verschuldet haben. Geradezu grotesk ist es, wie dieser politische Söldling nun, der alles auf

eine Karte setzte, sich nun als unschuldiges Lämmlein aufspielt, das mit bemitleidigem Augenblicke die Hilfe der Verbandsmächte anfleht. Hoffentlich wächst die Tätigkeit des Herrn Take Jonescu in der Schweiz nicht zu einer Wählerlei gegen den Frieden von Bukarest aus, was mit unserer Neutralität nicht vereinbar wäre. Wir denken, die Behörden werden diesem unwillkommenen Herrn scharf auf die Finger sehen.

Progromaufforderungen in Polen?

Eine kleine Anfrage.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Cohen (Neuh) und Roste haben im Reichstag folgende kleine Anfragen an den Reichskanzler gerichtet:

„Nach zuverlässigen Nachrichten waren in Warschau und Lodz Anfang dieses Monats Aufrufe angeschlagen, die in unverblümter Weise zu Progromen gegen die jüdische Bevölkerung aufforderten. Es heißt in diesen Aufrufen u. a.:

„Jüdische Vandalen plündern Polen! Durch ihre Hände nimmt die Oskupation sich alles, was sie will. In dem Bestreben, die Spuren dieser vernichtenden Arbeit zu verwischen, täten die Juden Unfrieden zwischen uns, rufen in unseren Reihen Streitigkeiten hervor, organisieren den Bürgerkrieg. — — Man muß diese Vandalen vertilgen! Diesen Juden muß man eine Lehre geben. Sie sollen wissen, daß die Strafe sie ereilen wird. — Zum Kampf, Polen! Schlüß unser Land, Polen!“

Drei Tage lang konnten diese aufreizenden Schriftstücke an allen Ecken und Enden der beiden genannten Städte prangen, bevor sie entfernt wurden, während die Polizei sonst die Befestigung unerwünschter öffentlicher Aufrufe im Handumdrehen zu bewerkstelligen weiß. Ten jüdischen Zeitungen Polens wurde von der Zensur verboten, irgend etwas über diese Progromplakate zu schreiben, während der polnischen in Lodz erscheinenden Zeitung „Nowy Kurjer Lodzki“ nicht nur gestattet war, die Aufrufe im Wortlaut wiederzugeben, sie konnte noch dazu sagen: „Der Inhalt dieser Aufrufe entspricht der Stimmung der polnischen Massen.“

Was bedenkelt der Herr Reichskanzler zu tun, damit unter den Augen der deutschen Besatzungstruppen derartige den inneren Frieden in Polen gefährdende politische Mittel, die den Methoden des korrupten ehemaligen zaristischen Systems entnommen sind, nicht mehr angewendet werden können?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, auch im Interesse Polens selber, seinen großen Einfluß auf die polnische Regierung dahin auszuüben, daß diese für die Folge energig gegen die Urheber von Progromaufrufen vorgeht und nichts unterläßt, was die Wiederholung solcher beschämender Vorgänge zu verhindern geeignet ist?“

kleine politische Mitteilungen.

Wägung der Entente-Palata. Trotz der fortgesetzten Wollendungen aus London und Neupost nach Holland und Spanien bezeichnet jeder Abendzeitung einen neuen Rekord der Palata der Entente. In Spanien bekommt man bereits für 16 Pesetas (gegen 30 vor dem Kriege) ein Pfund Steingut, und an der Rotterdammer Börse notierten der Steingutmarkt am 3. Juli 9,14 Gulden gegen 12,20 in normalen Zeiten. Der französische Markt ist gleichfalls überall im Fallen und legt ununterbrochen seine Tiefstände fort. Was London wurden in den letzten Tagen in aller Eile für 100 Millionen Pesetas Gold nach Barcelona geschickt.

Der Kampf gegen die Gegenrevolution in Rußland. Es wird gemeldet: Am 28. Juni landeten im Hafen von Krasnodar etwa 10000 Franzosen und Serben. Der Kommandierende General erklärte, er wolle Stadt und Land vor einem Überfalle deutscher Kriegesgefangener (W) schützen. Es werden Nahrungsmittel an die Bevölkerung verteilt. Die Bahnen im Gouvernement Samara sind in Belagerungszustand erklärt worden. In einer Bekanntmachung der Regierung wird der Zustand der linken Sozialrevolutionäre als niedergeborenen bezeichnet. Moskau zeigt wieder das normale Bild. Es sollen etwa 1000 Verhaftungen vorgenommen worden sein. Der Eisenbahnbetrieb ist vorläufig unterbrochen. In der Richtung Jelakowka—Tscheljabinsk rücken die Rätegruppen gegen Tscheljabinsk und Kosalen siegreich vor, ebenso in der Richtung auf Tscheljabinsk. Im Rubangebiet wurden die Stationen Wjeltko, Anjamestaja und Torgowaja von Kosaken besetzt.

Von Stadt und Land.

Aus, 11. Juli.

Tragischer Todesfall. Aus einem Leben voller Arbeit, die keineswegs abgeschlossen sein sollte, vor einer gewissen Höhe des Lebens, erreicht durch glückbegünstigtes emsiges Schaffen, ist der unerbittliche Tod plötzlich unseren Mitbürger, Fabrikbesitzer und Stadtverordneten Albert Baumann. Aus kleinen Anfängen heraus hat der Dahingeshiedene ein in ganz Deutschland und darüber hinaus bekanntes umfangreiches Geschäft entwickelt, dem er in den letzten Jahren noch verschiedene Fabrikationszweige angegliedert. Gerade in den letzten Jahren und allerletzten Zeiten schienen ihm noch besonders große Pläne für seine Unternehmungen vorzuschweben, an deren Verwirklichung rastlos arbeitend der Tod hindernd in den Weg getreten ist. Auch gemeinnützig ist Herr Baumann vielfach tätig gewesen, so vor allem als Stadtverordneter und Mitglied des Feuerlösch- und Parkausschusses seit 1911. Der Beller Militärverein befragt in dem Dahingeshiedenen einen großen Gönner. Besonders tätig war Herr Baumann als Vorsitzender des Hilfsausschusses für die notleidenden Deutschen im böhmischen Erzgebirge. Auch hier waren seine Erfolge noch nicht abgeschlossen. Sicher würden bei seinem Fortleben seine Mitmenschen noch weitere Vorteile von seinem wirtschaftlichen Fortschrittskomplex gehabt haben; einen Tag vor seinem Tode legte Herr Amtshauptmann Dr. Wimmer 5000 Mark in die Hände zur Begründung von Freibetten im Prinzeß Marien-Stift. Wir wissen, daß mit dem Tode manch andere gute Vorhaben, die auszuführen der Verblichene der Zeit nach dem Kriege vorbehalten wollte, in das Grab hinabstiegen. Sein Gedenken wird in unserer Stadt noch lange lebendig bleiben.

Die Verlautbarung Nr. 523 ist erschienen und liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsicht aus.

Lebensmittel für Freitag: Heferohrmittel, Teigwaren, Suppe, Rahmbrot und Dörrobst.

Gewinn der 2247. Landes-Lotterie. Ziehung vom 10. Juli: Gewinne zu 1000 Mark: 11924 17895 18014 63678 76405. Gewinne zu 2000 Mark: 18607 16513 20870 20574 55410 84124 68117 97198 108764. Gewinne zu 8000 Mark: 16547 72909 81865.

Höchstpreise für Heidelbeeren (Blaubeeren). Für Heidelbeeren (Blaubeeren) frei Verladestelle werden folgende Höchstpreise festgesetzt: Erzeugerhöchstpreis: 60, Großhandels-höchstpreis: 75, Kleinhandels-höchstpreis 95 Pfg. je Pfd. Der Erzeugerhöchstpreis für Blaubeeren frei Verladestelle kommt dem Käufer oder Händler zu, der die Beeren von den eigentlichen Pflückern aufkauft. Der Pflücker- bzw. Sammlerpreis darf die Höhe nicht erreichen. Diese Verordnung tritt am 11. Juli in Kraft.

Bewirtschaftung des Obstes an den Staatsstraßen. Bekanntlich macht sich auch in diesem Jahr infolge des Fettmangels die Bewirtschaftung der Äpfel-, Birnen- und Pflaumenerte zur Sicherstellung ausreichender Mengen Marmelade erforderlich. In erster Linie wird dazu, wenn es auch allein für diesen Zweck entfernt nicht ausreicht, das Obst von den Staatsstraßen Verwendung finden. Es soll wieder eine Verpachtung stattfinden, jedoch wird der Nachbarmachung des Obstes für die Allgemeinheit dadurch Rechnung getragen, daß alle Pächter im Pachtertrag verpflichtet werden, alles an den Staatsstraßen geerntete Kernobst (Äpfel, Birnen, Pflaumen) der Landesstelle für Gemüse und Obst oder den von ihr bezeichneten Stellen zum Erzeugerhöchstpreis zu liefern.

Erntearbeiter vorübergehend Schwerarbeiter. Die gute und möglichst rasche Eindringung der Erntearbeiter ist bei der gespannten Lage der Brotgetreideversorgung eine unbedingte, im Allgemeininteresse liegende Notwendigkeit. Sie wird nur dadurch ermöglicht, daß die in der Ernte vom frühesten Morgen bis in den späten Abend hinein schwer arbeitenden Leute einigermaßen ausreichend ernährt werden. Es soll deshalb nach einem unter Zustimmung des Landeskulturrates gefaßten Beschlusse der Landesfleischstelle für die auf 4 Wochen bemessene Dauer der Erntezeit eine Gleichstellung der in der Ernte tätigen Landwirte und ihrer ständigen Hilfskräfte sowie der für die Erntezeit angenommenen Hilfsarbeiter mit den industriellen Schwerarbeitern stattfinden und ihnen die gleiche Fleischzulage wie diesen gewährt werden. Die Landesfleischstelle hat an die Kommunalverbände eine entsprechende Verordnung gerichtet, in der die näheren Anweisungen ertlassen worden sind.

Fleischzulage an Erntearbeiter. Nach Bestimmung des Ministerrats des Innern erhalten die in der diesjährigen Ernte tätigen Personen für die Dauer von 4 Wochen eine Fleischzulage von wöchentlich 150 Gramm, also von insgesamt 600 Gramm. Die Zulage wird gewährt für alle in der Ernte hauptsächlich tätigen Personen, einschließlich der mitarbeitenden Betriebsinhaber, des Bestandes und der für die Erntezeit dauernd angenommenen Hilfskräfte. Die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber haben bis spätestens 18. Juli 1918 die für die Zulage in Betracht kommenden Personen bei der Ortsbehörde anzumelden. Der Zeitpunkt der Ausgabe der Bescheinigungen und Zufuhrscheine an die Betriebsinhaber wird durch die Ortsbehörden bekannt gegeben werden. Näheres kann bei den Ortsbehörden eingesehen werden.

Waldschutz. Fortgesetzt wird über die Schäden Klage geführt, die beim Pflücken von Feldblumen auf Wiedern und Wiesen angerichtet werden. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß nach § 368 Nr. 9 des Reichsstrafgesetzbuches sich strafbar macht, wer unbedeutend der Ernte über Wiesen oder bestellte Wälder geht usw. Durch die Entnahme von Feldblumen gehen nicht unbedeutliche Futtermittel verloren. Viel größer aber sind die Verluste, die der Ernte durch Zertreten der Pflanzen hierbei zugefügt werden. In der jetzigen Zeit, wo alle Futtermittel dringend gebraucht werden, müssen Schädigungen dieser Art unter allen Umständen vermieden werden.

Herans mit dem Namen! Man schreibt uns: Bei der Kriegsamtsstelle (Leipzig) gehen nicht selten unterschriftlose Anzeigen und Verdächtigungen ein. Es wird darauf hingewiesen, daß solche Schreiben zwecklos sind. Auch wenn ihr Inhalt derart ist, daß der Kriegsamtsstelle selbst an reiflicher Auffklärung der behaupteten Vorgänge bringend gelegen ist — wie beispielsweise kürzlich in einem Falle, in dem einem ihrer Beamten unerlaubte Handlungen nachgesagt wurden —, nimmt der Mangel der Unterschrift ihr die Möglichkeit, bei dem Angezeigten weitere Erkundigungen einzuziehen, wenn der Beschuldigte die behaupteten Vorgänge in Abrede stellt. Wer also nicht den Mut hat, sich zu seinen Angaben durch Namensunterschrift zu bekennen, tut besser, sie ganz zu unterlassen.

Böhmische Kriegsauszeichnung. Herr Leutnant der Inf. und Bataillonsadjutant Willi Neubert in Schindlerswerth ist mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden.

Bietfeld. Relche Schenkungen. Die Herren Werno und Wolbecker hier, die dem deutschen Turnverein in Bietfeld bereits die Summe von 10000 M. für den Bau einer Turnhalle zur Verfügung stellten, stifteten hierzu weiterhin den stattlichen Betrag von 20000 M. Nach solch dankenswerten Zuwendungen wird der Verein wohl bald nach dem Kriege in der Lage sein, seinen Turnhallenbauplan zu verwirklichen.

Hieberrschema. Betriebsergebnis. Die Hauptversammlung der Zwidauer Maschinenfabrik v. G. setzte die Dividende auf 10 Prozent für die Stammaktien und auf 15 Prozent für die Vorzugsaktien fest. Bezüglich der Aussichten für das laufende Geschäftsjahr konnte die Verwaltung günstige Mitteilungen machen.

Gartenstein. Der Bahnhof der idyllisch im Sächsischen Erzgebirge gelegenen Stadt Gartenstein, der bisher die Bezeichnung Stein-Gartenstein führte, erhält nach einer Bekanntmachung in unserer gestrigen Ausgabe künftighin die Bezeichnung Gartenstein.